

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 16. März 2022

440. Änderung des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes und Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen für die Förderung des begleiteten kombinierten Verkehrs (Vernehmlassung)

Mit Schreiben vom 24. November 2021 eröffnete das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Bundesgesetzes über die Verlagerung des alpenquerenden Güterschwerverkehrs von der Strasse auf die Schiene (Güterverkehrsverlagerungsgesetz, SR 740.1) und zum Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen für die Förderung des begleiteten kombinierten Verkehrs (Rollende Landstrasse).

Zur Erreichung des Verlagerungsziels des alpenquerenden Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene kann der Bund Massnahmen zur Förderung des Schienengüterverkehrs beschliessen. Die finanzielle Unterstützung des Angebots im begleiteten kombinierten Verkehr (Rollende Landstrasse) durch die Schweizer Alpen stellt eine flankierende Massnahme zur Verlagerung des alpenquerenden Schwerverkehrs dar. Die Rollende Landstrasse ist ein Transportsystem in Form von begleitetem kombiniertem Verkehr auf Schienen, bei dem komplette Lastwagen bzw. Sattelzüge samt Fahrerinnen und Fahrern und Zugfahrzeug auf einem Zug befördert werden.

Die Form der finanziellen Unterstützung ist im Güterverkehrsverlagerungsgesetz und in der Gütertransportverordnung (SR 742.411) geregelt. Die aktuelle Rahmenvereinbarung des Bundes mit der Betreiberin der Rollenden Landstrasse läuft Ende 2023 aus. Mit vorliegender Vorlage wird vorgeschlagen, das Angebot der Rollenden Landstrasse von 2024 bis Ende 2028 befristet weiterzuführen. Danach soll das Angebot eingestellt werden. Bis dahin sollen insbesondere zusätzliche Kapazitäten und Angebote im unbegleiteten kombinierten Verkehr geschaffen werden, mit denen die bisher im begleiteten kombinierten Verkehr beförderten Sendungen transportiert werden können, sodass nicht mit Rückverlagerungen auf die Strasse gerechnet werden muss. Für die befristete Weiterführung des Angebots der Rollenden Landstrasse für die Jahre 2024 bis Ende 2028 ist ein Zahlungsrahmen von 100 Mio. Franken vorgesehen.

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, 3003 Bern (Zustellung auch per E-Mail als PDF- und Word-Version an konsultationen@bav.admin.ch):

Mit Schreiben vom 24. November 2021 haben Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes und zum Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen für die Förderung des begleiteten alpenquerenden kombinierten Verkehrs eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Als Zufahrtskanton zu den Alpenübergängen Gotthard und San Bernardino ist auch der Kanton Zürich von alpenquerendem Transitverkehr betroffen. Es ist deshalb in seinem Interesse, dass der alpenquerende Güterverkehr vor allem auf der Schiene abgewickelt wird, wo er sich besser bündeln und so flächeneffizient wie möglich abwickeln lässt. Der begleitete kombinierte Verkehr (Rollende Landstrasse) leistet hierzu einen Beitrag, indem er den unbegleiteten kombinierten Verkehr und die übrigen Verlagerungsinstrumente in sinnvoller Weise ergänzt.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Argumentation des Bundes sachgerecht, das Angebot der Rollenden Landstrasse so lange beizubehalten, bis zusätzliche Transportangebote insbesondere im unbegleiteten kombinierten Verkehr geschaffen worden sind, namentlich durch den Ausbau von Zulaufstrecken von alpenquerendem Transitverkehr und längere Züge.

Die Stossrichtung der Vorlage entspricht den Umweltanliegen und den Zielsetzungen der kantonalen Richtplanung. Aus diesem Grund begrüssen wir die Vorschläge des Bundesrates für die Anpassung des Güterverkehrsverlagerungsgesetzes und für einen entsprechenden Bundesbeschluss über den Zahlungsrahmen.

II. Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, die Mitglieder des Regierungsrates sowie an die Baudirektion und die Volkswirtschaftsdirektion.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli